

Bericht über das Fachgespräch „Prozessionsspinner 2012 – Fakten, Folgen, Strategien“ vom 6. bis 7. März 2012 im Julius Kühn-Institut, Berlin-Dahlem

Der Eichenprozessionsspinner (*Thaumetopoea processionea*), kurz EPS, erweitert seit mehreren Jahren sein Verbreitungsareal in Deutschland und besiedelt verstärkt auch Erholungs- und Siedlungsbereiche des Menschen. Sein humanpathogenes Potenzial beruht auf den sog. „Brennhaaren“, die ab dem 3. Larvenstadium gebildet werden. Bis zum Erreichen des 6. und letzten Larvenstadiums nimmt die Anzahl und Länge der „Brennhaare“ mit jeder Häutung zu. Das dort enthaltene Nesselgift Thaumetopoein gefährdet die menschliche Gesundheit. Bei Kontakt können Hautirritationen, Augenreizungen, Atembeschwerden und pseudoallergische Reaktionen auftreten, die bisweilen auch zu krankheitsbedingten Ausfällen führen können. Neben einer drastischen Nutzungseinschränkung betroffener Areale, birgt die wärmeliebende und auf Eiche (*Quercus* spp.) spezialisierte Schmetterlingsart zudem massive Probleme für die Forstwirtschaft.

Das Julius Kühn-Institut (JKI) als Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen ist ein wichtiger Partner bei der Wirksamkeitsbewertung von Pflanzenschutzmitteln und deren Wirkstoffen im Rahmen der nationalen Zulassung, der EU-Wirkstoffprüfung und der Erklärung seines Benehmens u.a. für den Forstbereich und das Urbane Grün. Ein wissenschaftlich kompetenter Partner im Pflanzenschutz, für die Bewertung bestehender und neuer gesundheitlicher Risiken u.a. im Bereich der Chemikaliensicherheit ist das Bundesforschungsinstitut für Risikobewertung (BfR). Beide Bundesoberbehörden im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) haben sich des aktuellen Themas angenommen.

Das Institut für Pflanzenschutz in Gartenbau und Forst (Arbeitsgruppe Forst) des JKI und die Abteilung für Chemikaliensicherheit des BfR veranstalteten vom 6. bis 7. März 2012 in Berlin-Dahlem ein Fachgespräch zum Thema „Prozessionsspinner: Fakten, Folgen, Strategien“. Dort trafen sich u.a. Vertreter aus dem BMELV, dem BfR, dem JKI, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) und dem Umweltbundesamt (UBA) sowie Vertreter forstlicher Versuchsanstalten, amtlicher Pflanzenschutzdienste und Gesundheitsämter, Universitäten und Schädlingsbekämpfungsfirmen aus Deutschland und Österreich. In 18 Fachvorträgen wurden die aktuelle Gefährdungssituation, die gesundheitlichen Gefahren – verursacht durch die Brennhaare des EPS und durch den Einsatz von geeigneten Insektiziden – die aktuellen Bekämpfungsmöglichkeiten, die Zulassungssituation und die Wirksamkeit von verfügbaren Mitteln sowie deren Anwendungssicherheit im Pflanzenschutz- und Biozidbereich sowie die Rechtsgrundlagen in den Regelungsbereichen dargestellt und diskutiert.

In seinem Grußwort wies der Präsident des JKI, Dr. Georg F. BACKHAUS, auf den EPS als einen Wanderer zwischen den Welten hin, der einerseits als Pflanzenschädling z.B. im Forst, auf Grundlage des Pflanzenschutzrechts grundsätzlich mit Insektiziden bekämpft werden kann, andererseits auch die Gesundheit des Menschen beeinträchtigt und damit dem Biozidgesetz unterliegt.

Regionale Berichte über das Schadenspotenzial im Forst sowie zu den gesundheitlichen Risiken für Mensch und Tier wurden am Anfang der Veranstaltung erörtert. Es wurde deutlich, dass die sog. „Brennhaare“ in den Befallsgebieten verbleiben und aufgrund ihrer langen Beständigkeit noch über Jahre eine Gefahr für die Gesundheit darstellen. So lagern sich die Raupenhaare am Baumstamm, im Unterholz bzw. Bodenbewuchs an. Auch die

Gespinnstnester, die im 5. Larvenstadium am Baum angelegt werden, bleiben nach dem Schlupf der Falter erhalten. Im medizinischen Bereich fehlen jedoch neben epidemiologischen Studien, die den Nachweis einer Typ-I-Allergie führen könnten, auch aktuelle umweltmedizinische Datenerhebungen in den einzelnen Bundesländern, die eine Statistik von EPS-Erkrankungsfällen aufzeigen und Symptome manifestieren könnten.

Der schlechte Vitalitätszustand der Eiche gibt ebenfalls Anlass zur Besorgnis. Vitalitätsverluste, massive Absterberscheinungen und erneute Bestandesgefährdungen durch jährlich wiederholten Kahlfraß der Eichenfraßgesellschaft, inkl. EPS, lassen im Interesse des Waldschutzes Präventionsmaßnahmen immer notwendiger werden, die nur über die Regulation der blattfressenden Schadinsekten erfolgen kann. Auf Grund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für die luftgestützte Ausbringung im Forst und neu festgesetzten Anwendungsbestimmungen, ist immer häufiger eine nachhaltige Anwendung zugelassener Insektizide nicht mehr möglich. Infolgedessen konnten einzelne Behandlungen von massiv befallenden Flächen im letzten Jahr nicht durchgeführt werden.

Im Bereich des Pflanzenschutzes unterliegen die Gegenmaßnahmen einem Abwägungsprozess, basierend auf Grundlage einer fachkundigen Begutachtung der Forstverwaltungen, die ein regelmäßiges und flächendeckendes Monitoring mit bewährten Verfahren nutzen. In Wäldern wird bei einer existenziellen Bestandesgefährdung die luftgestützte Ausbringung von Insektiziden favorisiert und anerkannt. Hierbei sind im Waldschutz drei Wirkungssegmente notwendig. Dazu gehören Bakterienpräparate, biotechnische Hemmstoffe und synthetische Insektizide, die je nach Belaubungszustand, Witterungsverlauf und Vitalität des Waldbestandes Anwendung finden sollten. Ebenfalls einem Abwägungsprozess unterliegen der Nutzen eines Insektizideinsatzes und die dadurch verursachten Risiken für die Umwelt. Hierbei ist, nach Angaben des UBA, das Umweltisiko für Vögel, Kleinsäuger und Arthropoden im behandelten Waldbestand und in angrenzenden Bereichen durch geeignete Maßnahmen einzugrenzen bzw. zu minimieren. Die Bewertungen sind entsprechend den Risiko-Nutzenabwägungen und den daraus folgenden Risikominderungsmaßnahmen auf den konkreten Einzelfall abzustimmen und ggf. anzupassen. Es stellt sich hier die Frage: „Was ist schwerwiegender, die Wirkung der „Brennhaare“ auf die Gesundheit von Mensch und Tier und das Absterben von wertvollen Eichenwaldökosystemen oder die begrenzten Nebenwirkungen einer Insektizid-Anwendung“?

Nach Biozidrecht besteht ebenfalls Handlungsbedarf für gesundheitlich induzierte Maßnahmen im urbanen Umfeld, weil bislang wenig bzw. keine Biozide zur Bekämpfung verfügbar sind. Hier gilt es insbesondere die Betroffenen zu bewegen, bei der zuständigen Behörde (BAuA) Anträge auf Verwendung weiterer Wirkstoffe zu stellen oder Sondergenehmigungen zu beantragen, soweit diese im Ermessensspielraum des Biozidrechts möglich sind. Aktuelle Gegenmaßnahmen im Urbanen Grün beinhalten zum einen die Sperrung befallener Areale und lokale Maßnahmen, bei denen Insektizide mittels Bodengeräten ausgebracht oder Raupennester von Spezialisten abgesaugt werden. Dabei sind Risikominderungs- und Schutzmaßnahmen bei Anwendern zu berücksichtigen. Die Ausbringung von Insektiziden mittels Bodengeräten wird in Zukunft einer neuen Bewertung unterliegen, die ggf. zu neuen Anwendungsbestimmungen (u.a. Abstandsaufgaben, Risikominderungs- und Schutzmaßnahmen bei Nebenstehenden) im Biozidbereich führen werden. Die Bekämpfung des EPS auf Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind (§ 17 PflSchG; GÜNDERMANN, 2012), ist grundsätzlich zur Vermeidung gesundheitlicher Schäden auch auf der Grundlage der Sicherheitsgesetze der Länder, in Bayern beispielsweise nach Art. 11 ff. Polizeiaufgabengesetz möglich.

Die Experten der Veranstaltung waren sich einig, dass geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen, um den Forst- und Gesundheitsschädling einzudämmen und eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Aufgrund der vielfältigen und aktuellen Informationen werden auch die beteiligten Bundesbehörden ihre derzeitige Position überprüfen und gemeinsam an einer Strategie arbeiten, um schnellstmöglich Lösungen für das Urbane Grün und den Waldschutz bereitzustellen bzw. einen zukünftigen Handlungskatalog zum Eichenprozessionsspinner zu entwickeln.

Das Institut für Pflanzenschutz in Gartenbau und Forst des JKI wird zukünftig die Biodiversitätsforschung und die Prüfung der Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Nutzarthropoden intensivieren sowie bei der Ausgestaltung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Flächen für die Allgemeinheit verstärkt mitwirken. Für die Bewertung gesundheitlicher Risiken möchte das BfR verstärkt auf umweltmedizinische Datenerhebungen setzen, wie sie von den Kreisverwaltungen in Teltow-Fläming (Brandenburg) und Kleve (Nordrhein-Westfalen) zur Verfügung stehen. In Zukunft gilt es hier bundesweite Daten über die gesundheitliche Bedeutung des EPS zu erheben.

GÜNDERMANN, G. 2012: Kurzgutachten zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind. (unveröffentlicht).

Nadine BRÄSICKE, Karl-Heinz BERENDES
(JKI Braunschweig)

Arbeitstreffen zu Erhaltungsstrategien für die Diversität wildlebender Verwandter von Kulturarten und Landsorten, Palanga, Litauen – Reisebericht

Das Treffen (5. bis 9. September 2011) wurde als außerplanmäßiges Treffen einer erweiterten In-situ-/On-farm-Gruppe des Europäischen Kooperationsnetzes für pflanzen genetische Ressourcen (ECPGR) vom EU-finanzierten Vorhaben PGRSecure (<http://www.pgrsecure.org/>) ausgerichtet. Weitere Informationen sowie alle auf dem Treffen vorgetragenen Präsentationen sind zu finden unter http://www.pgrsecure.org/palanga_workshop. Das Ziel von PGRSecure besteht darin, mit den in Europa für diesen Bereich Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen und insbesondere die Entwicklung nationaler Strategien für wildlebende Verwandte von Kulturarten (WVK) und Landsorten anzuregen. Hierfür stehen Projektmitarbeiter an der Universität Birmingham beratend zur Seite. Zunächst geht es um die Konzeption, noch nicht um die Implementierung. Mögliche Vorgehensweisen wurden vorgestellt und sind auch in einer Anleitung („Toolkit“, http://www.pgrsecure.org/documents/toolkit_draft_31-08-11.doc), gegenwärtig als Entwurfsversion verfügbar. Neben Plenumsvorträgen fanden Vorträge und Diskussionen in drei Arbeitsgruppen (Wildlebende Verwandte von Kulturarten, WVK, Landsorten, Aufbau nationaler Inventare und Datenlieferung an EURISCO) statt. Der Berichterstatter war der Arbeitsgruppe WVK zugeordnet.

PGRSecure: Neue Charakterisierungstechniken und Erhaltungsstrategien – ein Projekt zu WVK und Landsorten im europäischen Forschungsrahmenprogramm

Das Projekt vereint 11 Partner, darunter auch internationale Organisationen wie Bioversity International und EUCARPIA. Die Ziele des Projekts wurden von S. KELL und N. MAXTED (Universität Birmingham, UK) vorgestellt: Unterstützung der Ent-

wicklung nationaler Erhaltungsstrategien mit einer strategischen Vorgehensweise, Anregung nationaler Inventuren, Datenmanagement, Herstellen von Kontakten mit Nutzern und Charakterisierung von WVK mit Methoden der Phänotypisierung, Genom- und Metabolomforschung. Der Förderung der Nutzung von WVK und Landsorten in der Pflanzenzüchtung gilt besonderes Augenmerk. Das betreffende Arbeitspaket 5 mit einem finanziellen Umfang von 665 000 Euro wurde von G. POULSEN (NorgGen, Schweden) vorgestellt. Es führt Workshops, Interviews und Befragungen zur Nutzung von WVK und Landsorten bei vier Zielgruppen („stakeholders“) in Ländern Nord-, Zentral- und Südeuropas durch und erstellt eine SWOT-Analyse. Dies soll die Bildung neuer Partnerschaften erleichtern und Begrenzungen für die Nutzung von WVK und Landsorten aufzeigen. In dieses Arbeitspaket ist das Julius Kühn-Institut (JKI), Institut für Züchtungsforschung an landwirtschaftlichen Kulturen, mit zwei Mitarbeitern (L. FRESE, G. NEUHAUS) eingebunden. Eine angeregte Diskussion ergab sich zu der Frage, wie der Naturschutz für die Thematik gewonnen werden könne. Als bedeutsam wird die Möglichkeit gesehen, für die Schutzgebiete zusätzliche Argumente zu erschließen.

Multilaterale Initiativen und Projekte zur Erhaltung von Wildverwandten und Landsorten

N. MAXTED (Universität Birmingham) stellte die Thematik in einen politischen Zusammenhang, indem er die verschiedenen internationalen Vereinbarungen, ausgehend von der Biodiversitätskonvention (CBD) 1992, vorstellte. Das ECPGR gründete 1999 ein In-situ- und On-farm-Netzwerk mit zwei Initiativgruppen, die 2007 zu Arbeitsgruppen erhoben wurden. Im Gefolge einer 2008 erstellten globalen Strategie für WVK und einer europäischen Strategie für die Erhaltung pflanzlicher Ressourcen wurden 25 genetische Reservate in Europa eingerichtet. In der von den Vertragsstaaten der CBD 2010 verabschiedeten globalen Strategie 2011-2020 finden WVK zweimal Erwähnung.

Zu WVK konnten in den letzten Jahren vier von der EU geförderte Projekte etabliert werden:

1. **PGRForum** fokussierte auf In-situ-Erhaltungsmaßnahmen in bereits geschützten Gebieten sowie auf Fragen zu genetischer Erosion und unerwünschten Einkreuzungen. Aus der floristischen Datenbank Euro+Med, dem Mansfeld-Verzeichnis und weiteren Kulturpflanzenverzeichnissen wurde ein Europäischer Katalog für WVK entwickelt. Dieser wird in PGRSecure zwar nicht weiterentwickelt, aber unter Verwendung einer neuen Version von Euro+Med und Einbeziehung der USDA-GRIN-Fruchtartenliste anstelle des Mansfeld-Verzeichnisses nochmals aktualisiert. Ferner wurde das Nachrichtenblatt „Crop Wild Relative“ initiiert.
2. **AEGRO** bot ein europäisches Forum zur Diskussion von Katalogen und Methoden. Es wurden In-situ-bzw. On-farm-Strategien für *Avena*, *Beta*, *Brassica* und *Prunus* erarbeitet, ein Informationssystem für WVK auf Populationsebene entwickelt und Methoden, wie z.B. ein Verbreitungsmodell für Landsorten, erarbeitet. Das AEGRO-Projekt wurde durch JKI (L. FRESE, JKI-ZL) koordiniert.
3. Auf Initiative der International Union for Conservation of Nature (IUCN) und gefördert durch die Europäische Kommission bearbeitet S. KELL gegenwärtig 800 WVK systematisch unter Nutzung des Rote-Liste-Informationssdienstes der IUCN nach standardisierten Kriterien, um basierend auf dem Europäischen Katalog für WVK eine thematische **Rote Liste für WVK in Europa** zu erstellen. Hierzu werden Daten zu Taxonomie, Verbreitung, Populationen, Habitatökologie, Nutzung, Handel, Bedrohung und Erhaltungsmaßnahmen benötigt. Von 571 bisher untersuchten Arten mussten 3,5%